

Flüchtlingspolitisches Positionspapier der Grünen KV Oberhausen

Die zugespitzte Lage in Krisenregionen hat in den vergangenen Jahren weltweit zu humanitären Tragödien geführt und Menschen gezwungen ihrer Heimat zu entfliehen.

Die Terrororganisation IS hat durch ethnische Säuberung und Massenmorde Millionen Syrer*innen und Iraker*innen vertrieben, die UN spricht von der größten humanitären Katastrophe unserer Zeit.

Auch in Afrika weiten sich Konflikte aus, wie in der jüngsten Vergangenheit der dramatische Anschlag der Boko Haram in Nigeria, bei dem mindestens 2000 Menschen ums Leben kamen.

Steigende Flüchtlingszahlen sind weiterhin aus der Ukraine zu erwarten, ebenso wie die Zahl der Personen steigt, die in ihrem Heimatland aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, durch die Verschärfung homophober Gesetze beispielsweise in Russland.

Die Zahlen der Asylbewerber in Oberhausen steigen und stellen unsere Stadt vor die Herausforderung eine Willkommenskultur zu schaffen, Möglichkeiten zur Unterbringung zu entwickeln und die Integration voranzutreiben. Für uns Grüne sind dabei folgende Maßnahmen und Schritte essentiell:

1. Eine Willkommenskultur schaffen und Rechtsextremismus entschieden entgegentreten

Menschen, die aus Verfolgung, Krieg und Not flüchten, heißen wir in Oberhausen ausdrücklich willkommen. Einer Ankunft in Deutschland gehen zumeist traumatische Erlebnisse vor und während der Flucht voran, die Asylbewerber*innen droht immer noch eine Abschiebung und viele haben ihre Angehörigen verloren oder verlassen müssen. Zu einer Willkommenskultur gehört ein respektvoller Umgang mit ihnen und in der öffentlichen Diskussion, auch für diejenigen, die aus „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen.

Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement stärken und unterstützen all jene, die sich ehrenamtlich in diesem Bereich engagieren.

Rassismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Islamophobie treten wir entschieden entgegen.

2. Menschenwürdige Unterbringung

Die Unterbringung in eigenen Wohnungen hat für uns Vorrang. Für Sammelunterkünfte fordern wir eine dezentrale Unterbringung innerhalb der Stadtteilzentren. Die Errichtung mehrerer kleiner Wohneinheiten, von maximal 50 Personen bei neuen Standorten, verteilt auf das gesamte Stadtgebiet, soll einer Ghettoisierung entgegenwirken und als Integrationsfaktor dienen. Die Infrastruktur sollte es den Bewohner*innen der verschiedenen Standorte ermöglichen sich selbstständig zu versorgen und wichtige kommunale Verwaltungs- und Beratungsstellen problemlos zu erreichen.

Bei den Unterkünften sollte es sich um feste Gebäude mit wohnungsähnlichem Charakter handeln. Die Unterbringung in Zelten lehnen wir generell ab. Den Bewohner*innen muss ausreichend Privatsphäre zur Verfügung stehen, besonders im Bereich der sanitären Versorgung. Es muss ihnen möglich sein sich selbst zu versorgen und Besuch zu empfangen. Zudem sollte jede Unterkunft über einen Gemeinschaftsraum verfügen. Auf kulturelle Unterschiede muss im Bereich der Wohnraumgestaltung Rücksicht genommen werden.

Innerhalb der Unterkünfte sollte es partizipative Gestaltungsmöglichkeiten für die Bewohner geben, wie zum Beispiel das gemeinsame Erstellen einer Hausordnung.

3. Umfassende Gesundheitsversorgung

Wir wollen einen Zugang zur medizinischen Regelversorgung für Asylbewerber*innen schaffen und das „Bremer Modell“ auch in Oberhausen umsetzen. Um traumatische Erlebnisse aufzuarbeiten

erwarten wir eine psychologische Betreuung der Asylbewerber*innen in Form einer niederschweligen, aufsuchenden Arbeit.

4. Kinder- und Jugendpolitik für Asylbewerber*innen

Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind uns besonders wichtig, deshalb müssen Unterkünfte, in denen Kinder leben, pädagogisch begleitet werden. Alleinreisende Jugendliche dürfen, entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention, nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden. Ihr Anspruch auf eine bedarfsgerechte, betreute Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe muss konsequent erfüllt werden. Der Zugang zu Schule, Bildung und Ausbildung muss im Vordergrund stehen, um den Kindern und Jugendlichen die besten Chancen zu ermöglichen.

5. Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein wichtiger Aspekt in der Integrationspolitik und hilft Asylbewerber*innen sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Integrationsfaktor, wir begrüßen die Änderung im Asylverfahrensgesetz, die einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Umsetzung muss nun vor Ort erfolgen, Arbeitsmöglichkeiten sollen aufgezeigt und die Suche nach einer Stelle unterstützt werden. Einerseits sollte die Möglichkeit genutzt werden Asylbewerber*innen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, auf der anderen Seite können durch das Einbinden von Sportvereinen, Bildungsträgern und (sozio-)kulturellen Anbietern weitere Felder der gesellschaftlichen Teilhabe und des Kontaktes zwischen Bürger*innen und Asylbewerber*innen geschaffen werden.

6. Beratungsangebote LSBTTI

Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung fliehen, sind vielfach Opfer von Mehrfachdiskriminierung. Innerhalb der Unterkünfte ist es für sie teilweise riskant sich zu outen, weshalb mit besonderer Sensibilität Beratungsangebote geschaffen werden müssen, ebenso, wie Aufklärungsarbeit über LSBTTI innerhalb der Unterkünfte gemacht werden muss.

Oberhausen, den 20.01.2015

Mitgliederverammlung Bündnis 90/Die Grünen KV Oberhausen